

Herr  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

Geschäftszahl: BMASGK-57002/0009-V/A/1/2018

Wien, 9.11.2018

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 2018 /J der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend Bilanz EU-Ratspräsidentschaft im Bereich "Beschäftigung und Sozialpolitik"** wie folgt:

**Zu den Fragen 1 – 4:**

Dem österreichischen Ratsvorsitz unter dem Motto „**Ein Europa, das schützt**“ liegt ein detailliertes nationales Programm zugrunde, das drei Hauptschwerpunkte definiert. In jedem dieser Schwerpunktbereiche konnten in den letzten Monaten wichtige Fortschritte erzielt werden. Österreich nützt die Chancen, die EU im Rahmen des Ratsvorsitzes positiv mitzugestalten und setzt dabei erfolgreich Schwerpunkte und Prioritäten auf der Tagesordnung der EU.

Im Bereich **Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration** konnte bei dem **informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 20. September in Salzburg** die Trendwende in der europäischen Migrationspolitik, insbesondere der verstärkte Fokus auf den **Außengrenzschutz**, die **Stärkung von Frontex** sowie die **Intensivierung der Partnerschaft mit Afrika** auf Augenhöhe, bestätigt werden. Beim Europäischen Rat am

18. Oktober in Brüssel wurde diese Richtung erneut bekräftigt. Um einen konkreten Beitrag zu dem vorgeschlagenen neuen afrikanisch-europäischen Bündnis für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze zu leisten, veranstaltet der österreichische Ratsvorsitz ein **hochrangiges Forum Afrika-Europa** am 18. Dezember in Wien, zu dem sowohl Staats- und Regierungschefs der EU und afrikanischer Staaten, als auch Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft erwartet werden.

Im Bereich der **Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung** konnten in den letzten Monaten bereits zahlreiche Ergebnisse erzielt werden. Dazu zählen die substantielle Annäherung in der Diskussion um eine faire **Besteuerung von digitalen Inhalten**, die Unterzeichnung des Rechtsakts zum **Zentralen Digitalen Zugangstor** sowie mehrere wichtige Entscheidungen zu Reformen im **Mehrwertsteuerbereich beim ECOFIN-Rat**. Auch beim **Klimaschutz** konnten durch die **gemeinsame ehrgeizige Position zur Weltklimakonferenz COP24** und die Einigung auf die **35% Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes** für PKWs bis 2030 wichtige Meilensteine für die österreichische Ratspräsidentschaft erreicht werden.

Als dritten Schwerpunktbereich setzt Österreich auf die **Stabilität in der Nachbarschaft und Heranführung des Westbalkans an die EU**. Österreich agiert als Brückenbauer und **unterstützt den Annäherungsprozess des Westbalkan auf Basis klarer Kriterien**. In den letzten Monaten bereisten der Bundeskanzler, Bundesminister Blümel und Staatssekretärin Edtstadler die Länder des Westbalkan, um die Bemühungen zur **Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen** zu unterstützen. Die Westbalkanstaaten wurden intensiv in die **Konferenzen und Tagungen** unter dem **österreichischen Ratsvorsitz** eingebunden.

Insgesamt fanden unter dem österreichischen Ratsvorsitz bis zum Anfragestichtag bereits ein **Europäischer Rat**, ein **informeller Gipfel** (in Salzburg), **14 formelle Räte** in Brüssel und Luxemburg, **13 informelle Ministertreffen**, über 800 Sitzungen in **Vorbereitungsgremien** (Ausschuss Ständige Vertreter I und II, Ratsarbeitsgruppen) sowie rund 200 weitere **Vorsitz-Veranstaltungen** in Österreich statt. Des Weiteren wurden bislang **26 Rechtsakte** mit dem Parlament **unterzeichnet**, der **Rat nahm 15 Einigungen zu Rechtsakten / Verhandlungsergebnisse mit dem Europäischen Parlament an**, mit dem **Europäischen Parlament** konnten die **Trilog-Verhandlungen zu drei Dossiers erfolgreich beendet** werden (zu weiteren drei Dossiers wurden vorläufige Einigungen erreicht), die Mitgliedstaaten konnten sich **bei 17 Rechtsakten auf eine Ratsposition bzw. Verhandlungsposition mit dem Europäischen Parlament einigen** und bislang wurden **zwölf Empfehlungen bzw. Schlussfolgerungen des Rates**

**angenommen.** Darüber hinaus traf der Rat **270 Entscheidungen**, welche die unterschiedlichsten Bereiche betreffen. Mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission wurden bereits über **50 Verhandlungen** zu Rechtsakten, sogenannte Trilogie, geführt.

Im Bereich **Beschäftigung und Sozialpolitik** hat ein informeller Austausch zu den Themen "Herausforderungen, Erfahrungen und Best-practice-Modelle in den Bereichen Arbeitsmarkteffekte, Arbeitsbedingungen und Sozialschutz" im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema „Digitalisierung der Arbeit“ stattgefunden:

Veranstaltung	Ort	Datum
Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik	PKF, Wien	19./20.07.
Informelle Tagung des Ausschusses für Sozialschutz (SPC)	Novotel am Hauptbahnhof, Wien	17./18.09.
Konferenz: "Digitalisierung der Arbeit"	PFK, Wien	19.09.
Informelle Tagung des Beschäftigungsausschusses (EMCO)	PKF, Wien	20./21.09

An der informellen Tagung der Ministerinnen und Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik haben die Europäischen Sozialpartner und europäische Nichtregierungsorganisationen teilgenommen. An der Konferenz „Digitalisierung der Arbeit“ haben ABZ\* Arbeit Bildung Zukunft AUSTRIA, BusinessEurope und der Europäische Gewerkschaftsbund (ETUC) mit Vortragenden am Podium mitgewirkt. Ferner haben Vertreterinnen und Vertreter von der Volkshilfe Wien, der Industriellenvereinigung, der Landwirtschaftskammer, der Lebenshilfe, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Wirtschaftskammer Österreich, Social Platform und der World Employment Confederation Europe teilgenommen.

Der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Konsumentenschutz“ am 6. Dezember 2018 wird über die genannten Aktivitäten des österreichischen Ratsvorsitzes zum Thema „Digitalisierung der Arbeit“ informiert werden.

Bis zur endgültigen Abrechnung können bezüglich der budgetären Aufwendungen keine endgültigen Aussagen getroffen werden.

Für die EU-Ratspräsidentschaft wurde zusätzliches Personal im Umfang von 27 Personen (VZÄ) eingestellt. Bis Ende September 2018 sind dafür Kosten in der Höhe von 1.531.775,36 € angefallen.

Mit besten Grüßen

Mag.<sup>a</sup> Beate Hartinger-Klein

